

**Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Esther Oester, GB): Plastiksammlung im Ökoinfomobil - Hohlkörpersammlung rentabel?; Fristverlängerung**

Der Stadtrat hat am 20. Februar 2014 mit SRB 69 das folgende Postulat der Fraktion GB/JA! erheblich erklärt:

Seit dem 1. Oktober 2012 kann an Quartierentsorgungsstellen kein Kunststoff mehr entsorgt werden. Das Angebot wurde von der Stadt Bern wegen Abfalltourismus, verschmutztem Abfallgut etc. eingestellt respektive verändert. Neu können Hohlkörper bei Entsorgungshöfen abgegeben werden. Andere Kunststoffarten, ausser PET, werden nicht mehr gesammelt, sie können nur in den normalen Abfall gegeben werden.

Für die GB/JA!-Fraktion ist die Kunststoffsammlung in Entsorgungshöfen begrüssenswert, aber nicht sehr kundenfreundlich. Könnte die Bevölkerung Kunststoff im Ökoinfomobil abgeben, wären zwei Probleme auf einmal gelöst. Das Ökoinfomobil kommt sowieso in die Quartiere, ist näher bei der Bevölkerung und würde die Sammelmenge vergrössern. Eine solche Regelung wäre zudem kundenfreundlicher und würde unsinnigen Mehrverkehr in Entsorgungshöfe vermeiden. Das Personal des Ökoinfomobils könnte die abgegebenen Kunststoffe kontrollieren und auf Verschmutzung und Art prüfen.

Für die Zukunft ist jedoch zu prüfen, ob die gesamte Plastik-Hohlkörpersammlung nicht effizienter durch die Detailhandler zu organisieren ist oder ob es für die Stadt rentabel sein kann.

Deshalb bittet die GB/JA-Fraktion den Gemeinderat folgendes zu prüfen:

1. Hohlkörper können auch im Ökoinfomobil abgegeben werden
2. Ob die Plastik-Hohlkörpersammlung für die Stadt wirtschaftlich rentabel ist

Bern, 15. November 2012

*Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede, Esther Oester beide GB):* Cristina Anliker-Mansour, Hasim Sancar, Lea Bill, Rahel Ruch, Christine Michel, Monika Hächler

**Bericht des Gemeinderats**

Auf nationaler Ebene hat der Ständerat am 25. November 2014 im Rahmen der Revision des Umweltschutzgesetzes den Vorschlag abgelehnt, mit welchem der Bundesrat ermächtigt worden wäre, für wertvolle Materialien und Stoffe (wie z.B. Kunststoffe) Recycling vorzuschreiben. Neu kann der Bundesrat lediglich Ziele für die Sammlung festlegen unter der Bedingung, dass er die Wirtschaft mit einbezieht sowie die Wirkungseffizienz berücksichtigt. Diese Entwicklung widerspiegelt auch die Empfehlungen der Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI) vom September 2014 an die Gemeinden. So empfehlen sowohl die OKI, als auch die Dachorganisation der Schweizer Recycling Organisationen Swiss Recycling und der Verband der Betreiber Schweizer Abfallverwertungsanlagen (VBSA) die selektive Separatsammlung von Kunststoffflaschen mit Deckel (ohne PET) in einem landesweiten System, das auf den Initiativen einiger grosser Detailhändlern basiert. Einzelne Detailhändler sind heute schon einen Schritt weiter. Die von der Migros Anfang 2014 in allen grösseren Filialen umgesetzte und von Coop seither ebenfalls in Angriff genommene flächendeckende Sammlung von Kunststoffflaschen zeigt, dass der Detailhandel gewillt ist, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen.

Wie der Gemeinderat bereits in mehreren Antworten festgehalten hat - u.a. am 11. Dezember 2013 auf das Postulat Fraktion GB/JA!: Kunststoffrecycling in der Stadt Bern - werden seit dem 1. Oktober 2012 in Bern Kunststoffe nicht mehr bei den Quartierentsorgungsstellen (QES), sondern in den städtischen Entsorgungshöfen gesammelt. Grund dafür waren die hohen Besucherfrequenzen bei den QES, welche die Entleerungslogistik und die unmittelbare Nachbarschaft strapazierten: Lärm, Verkehr, wilde Deponie, Abfalltourismus und das Benützen zu Unzeiten waren die Folgen. Mit dieser Neuorganisation der Kunststoffsammlung konnte ein markanter Rückgang der wilden Deponierungen bei den QES und eine deutliche Abnahme der Anzahl Fahrten für die Leerungen festgestellt werden. Die Anzahl Fahrten reduzierte sich im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 um 24.5 %. Damit konnten auch die problematischen Auswirkungen auf die Nachbarschaft spürbar reduziert werden.

Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, generell und auch im Hinblick auf die Plastik-Hohlkörper eine möglichst kundenfreundliche Sammelpraxis anbieten zu können. Um das Angebot weiter zu optimieren, hat sich Entsorgung + Recycling Stadt Bern (ERB) zum Ziel gesetzt, das aus dem Jahr 2003 stammende Abfallkonzept zu überarbeiten und in den kommenden Monaten eine gesamtheitliche Sammelstrategie (Abfallkonzept 2016) auszuarbeiten. In diesem Rahmen wird ERB ebenfalls die künftige Rolle des Ökofomobils prüfen; dazu gehört auch die Frage, ob es sich als Plastik-Hohlkörpersammelstelle eignen würde. In seiner heutigen Funktion kann das Ökofomobil diese Zusatzaufgabe nicht wahrnehmen, weil es damit an seine Kapazitätsgrenze stossen würde.

Ebenfalls wird im Rahmen der neuen Sammelstrategie die Frage der Wirtschaftlichkeit der Plastik-Hohlkörpersammlung geprüft. Diese Frage wird aktuell auch in der Studie „Kunststoff-Verwertung Schweiz“ bearbeitet. Die Studie zur Erarbeitung einer Ökobilanz, welche die verschiedenen Verwertungswege für unterschiedliche Kunststoffströme im Detail prüft, wurde auf gesamtschweizerischer Ebene unter Federführung des Bundesamts für Umwelt (BAFU) und in Zusammenarbeit mit Vertretungen von Kantonen, Gemeinden, IG Detailhandel Schweiz, Kunststoffverband, Recycling und Zementindustrie sowie Kehrlichverwertungsanlagen initiiert. Die Endresultate der BAFU-Studie werden für die Beantwortung des vorliegenden Postulats und weiterer hängiger Vorstösse essenziell sein.

Da die beiden Grundlagen für den Prüfungsbericht des vorliegenden Postulats - die gesamtheitliche Sammelstrategie von ERB sowie die BAFU-Studie Kunststoff-Verwertung Schweiz - zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vorliegen, beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung bis 31. Dezember 2016.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Aline Trede/Esther Oester, GB): Plastiksammlung Ökofomobil - Hohlkörpersammlung rentabel?; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 31. Dezember 2016 zu.

Bern, 17. Februar 2015

Der Gemeinderat